



# AMTSBLATT

## der Stadt Rhede

Herausgeber: Der Bürgermeister der Stadt Rhede

7. Jahrgang

Ausgabe 15/2010

Rhede, 30.09.2010

**Öffentliche Bekanntmachungen** der Stadt Rhede, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden im „Amtsblatt der Stadt Rhede“ vollzogen. Das Amtsblatt erscheint bei Bedarf. Auf sein Erscheinen soll jeweils in der Tageszeitung Bocholter-Borkener Volksblatt hingewiesen werden. (§ 16 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Rhede)

- Das Amtsblatt liegt im Rathaus (u.a. im Bürgerbüro) sowie in allen Geschäftsstellen der örtlichen Banken und Sparkassen zur kostenlosen Mitnahme aus.
- Einzellieferung oder Dauerbezug erfolgen kostenlos durch die Stadtverwaltung Rhede - Ratsbüro -, Rathausplatz 9, 46414 Rhede, Tel. 02872/930-0, E-Mail: [info@rhede.de](mailto:info@rhede.de)
- Im Internet steht das Amtsblatt unter [www.rhede.de](http://www.rhede.de) zur Verfügung. Dort besteht auch die Möglichkeit, den kostenlosen E-Mail-Newsletter zu bestellen, mit dem der Abonnent auf neu erschienene Amtsblätter automatisch hingewiesen wird.

Datum	Inhalt	Seite
27.09.2010	Tagesordnung der Ratssitzung am 06.10.2010	2
29.09.2010	Allgemeinverfügung zur Verbrennung von Schlagabraum im Gebiet der Stadt Rhede	4

## Bekanntmachung

**Am Mittwoch, dem 6. Oktober 2010, 18:00 Uhr, findet im Rats- u. Kultursaal des Rathauses im 1. OG eine Sitzung des Rates der Stadt Rhede statt.**

**Zum Besuch des öffentlichen Teiles der Sitzung lade ich hiermit ein.**

### TAGESORDNUNG

#### A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

- Punkt 1: Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stadtwerke Rhede GmbH und des Lageberichtes des Geschäftsführers
- Punkt 2: Aufstellung des Bebauungsplanes "Rhede BS 23" (Bereich südlich der B 67 n, westlich der Krechtinger Straße und nördlich der Wohnbebauung Rilkestraße) - Aufstellung und öffentliche Auslegung
- Punkt 3: 3. Änderung des Bebauungsplanes "Rhede B 2" (Bereich einer Fläche südlich des Einmündungsbereiches Neustraße / Hardtstraße) im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB - Satzungsbeschluss
- Punkt 4: 7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Rhede B 1" (Bereich östlich der Nordstraße, südlich der Schützenstraße und westlich der Burloer Straße) im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB - Satzungsbeschluss
- Punkt 5: Bebauungsplan "Rhede B 2, 2. Änderung und Erweiterung" (Bereich Kettelerstraße): Aufstellung und öffentliche Auslegung
- Punkt 6: Aufstellung des Bebauungsplanes "Rhede G 20" (Bereich südlich der ehemaligen Bahnlinie, nördlich des Dännendiek und östlich des Klüünkamp einschließlich der Verkehrsfläche "Klüünkamp") - Satzungsbeschluss
- Punkt 7: 46. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rhede (Bereich südlich der ehemaligen Bahntrasse und westlich des Klüünkamp) - Feststellungsbeschluss
- Punkt 8: Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Krechting B 3" (Bereich Hasenwinkel) - Aufstellung und öffentliche Auslegung

- Punkt 9: 1. Änderung des Bebauungsplanes "Rhede BS 17" (Bereich einer Fläche Ecke Krechtinger Straße / Rudolf-Diesel-Straße) im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB: Erneute öffentliche Auslegung
- Punkt 10: Region in der Balance - Absichtserklärung für eine Branchenvereinbarung zwischen der Landwirtschaft und den Städten und Gemeinden im Kreis Borken
- Punkt 11: Mitteilungen und Anfragen

## **B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

- Punkt 12: Mitteilungen und Anfragen

Rhede, den 27.09.2010

In Vertretung

Wewering  
Beigeordneter

## **Allgemeinverfügung zur Verbrennung von Schlagabraum im Gebiet der Stadt Rhede**

### **I. Anordnung**

Aufgrund

- § 27 Abs. 2 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 (BGBl. Seite 2075) in der zurzeit gültigen Fassung
- § 35 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12.11.1999 (GV NRW Seite 602) in der zurzeit gültigen Fassung

genehmige ich unter dem Vorbehalt des Widerrufs, dass im Gebiet der Stadt Rhede Schlagabraum aus Maßnahmen zur Pflege von Wallhecken, Windschutzstreifen, Kopfbäumen sowie Ufergehölzen im Zeitraum **15.10.2010** bis zum **15.03.2011** außerhalb des Waldes unter Beachtung der nachfolgend aufgeführten Auflagen verbrannt werden darf.

### **II. Zu beachtende Auflagen:**

1. Das Verbrennen ist so zu steuern, das Gefahren, Nachteile und erhebliche Belästigungen durch Luftverunreinigungen, insbesondere durch Rauchentwicklung, nicht eintreten können und ein Übergreifen des Feuers durch Ausbreitung der Flammen oder Funkenflug über den Verbrennungsort hinaus verhindert wird.
2. Der Verbrennungsort muss außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile liegen.
3. Der Schlagabraum darf nur in unmittelbarer Nähe der Anfallstelle verbrannt werden (auf oder an dem Grundstück).
4. Der Schlagabraum muss zu Haufen zusammengebracht werden. Die Haufen dürfen eine Höhe von 3,50 m nicht überschreiten.
5. Als Mindestabstand sind einzuhalten:
  - a) 200 m von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen
  - b) 100 m von zum Aufenthalt von Menschen bestimmten Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, soweit diese nicht innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen errichtet sind,
  - c) 100 m zu Wald,
  - d) 50 m von öffentlichen Wegeflächen,
  - e) 15 m von Gehölzbeständen und Gewässern,
  - f) 10 m von befestigten Wirtschaftswegen.

6. Die Haufen müssen von einem 15 m breiten Ring umgeben sein, der von Schlagabraum und ähnlichen brennbaren Stoffen frei ist.
7. Andere Stoffe, insbesondere Mineralöle, Mineralölprodukte oder andere Abfälle dürfen weder zum Anzünden noch zur Unterhaltung des Feuers benutzt werden.
8. Bei starkem Wind darf nicht verbrannt werden. Vorhandenes Feuer ist bei aufkommendem starkem Wind unverzüglich zu löschen.
9. Das Feuer ist ständig von zwei Personen, davon eine über 18 Jahre alt, zu beaufsichtigen. Sie dürfen den Verbrennungsplatz erst verlassen, wenn Feuer und Glut erloschen sind und müssen während des Verbrennens telefonisch erreichbar sein.
10. Verbrennungsrückstände sind unverzüglich in den Boden einzuarbeiten oder mit Erde abzudecken.
11. Die Haufen dürfen erst unmittelbar vor dem Verbrennen zusammengebracht werden, da zu erwarten ist, dass Vögel und Kleinsäuger im Schlagabraum Unterschlupf suchen.
12. Sonstige, die Verbrennung ordnende Regelungen, z.B. im Landesimmissionsschutzgesetz oder im gemeindlichen Ortsrecht, sind zu beachten.
13. Die geplante Verbrennung ist mindestens drei Werktage vor dem vorgesehenen Verbrennungstermin der Stadt Rhede, Fachbereich Bau und Ordnung, (Tel. 0 2872 / 930-335) unter Angabe der Menge, des genauen Ortes, des Datums und der Uhrzeit des Verbrennens sowie Angaben zur telefonischen Erreichbarkeit anzuzeigen. Diese Daten werden an die Kreisleitstelle und ggf. die Feuerwehr weitergeleitet.

### **III. Begründung:**

Nach Aufhebung der Pflanzenabfallverordnung zum 01.05.2003 sind bei der Verwertung und Beseitigung von pflanzlichen Abfällen die allgemeinen abfallrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Dies gilt auch für Abfälle aus Hecken, Strauch- und Kopfbaumschnittmaßnahmen.

Diese Abfälle sind grundsätzlich zu verwerten. Kommt eine Verwertung nicht in Betracht, so sind diese pflanzlichen Abfälle nach § 13 Abs. 1 Satz 1 KrW-/AbfG dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu überlassen und gemäß § 27 Abs. 1 KrW-/AbfG in einer zugelassenen Anlage zu beseitigen.

Gemäß § 27 Abs. 2 KrW-/AbfG kann die zuständige Behörde im Einzelfall Ausnahmen zulassen, wenn eine Verwertung nicht möglich ist und das Wohl der Allgemeinheit dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Mit Erteilung dieser Ausnahmen erfolgt auch eine Befreiung von der Überlassungspflicht nach § 13 Abs. 1 KrW-/AbfG. Die Ausnahmen können aus kulturtechnischen Gründen und aus Gründen des Forstschutzes durch Einzelfallgenehmigung oder durch eine Allgemeinverfügung gemäß § 35 VwVfG zugelassen werden.

In Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, dem Regionalforstamt Münsterland und der Unteren Landschaftsbehörde wird im Interesse der Erhaltung der Münsterländischen Parklandschaft eine Ausnahmegenehmigung in Form einer Allgemeinverfügung für das Verbrennen von Schlagabraum, der im Rahmen von Naturpfllegemaßnahmen an Wallhecken, Windschutzstreifen, Kopfbäumen sowie Ufergehölzern anfällt, erlassen. Das anfallende Material ist in der Regel nach Art und Menge für eine Verwertung vor Ort (Häckseln, Kompostieren) nicht geeignet. Eine Verwertung in Kompostwerken oder eine Beseitigung in den Anlagen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers ist häufig wirtschaftlich nicht vertretbar.

Nach landschaftsrechtlichen Regelungen sind die Pflegemaßnahmen jeweils bis zum 28.02. abzuschließen.

Meine Zuständigkeit ergibt sich aus Teil B, Anhang II, Unterpunkt 30.1.14, des Gesetzes zur Kommunalisierung von Aufgaben auf dem Gebiet des Umweltrechtes vom 11.12.2007 (GV NRW 2007 S. 662/691).

#### **IV. In-Kraft-Treten**

Die Allgemeinverfügung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Rhede in Kraft.

#### **V. Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erheben. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht in Münster, Piusallee 38, 48147 Münster schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Rhede, den 29. September 2010

In Vertretung

Wewering  
Beigeordneter